

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende
Fondation « Assurer l'avenir des gens du voyage suisses »
Fondazione « Un futuro per i nomadi svizzeri »

Jahresbericht 2002

Rapport annuel

Rapporto di gestione

Jahresbericht

Organe der Stiftung	3
Jahresbericht	4
Jahresrechnung und Bilanz	11
Anhang 1: Expo.02 - Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma	12
Anhang 2: Thesen der Stiftung zu den Bedürfnissen von ausländischen Fahrenden	15
Anhang 3: Fahrende im Kanton St. Gallen	18

Rapport annuel

Organes de la Fondation	24
Rapport annuel	25
Comptes annuels et bilan	33
Annexe N° 1: Expo.02 - Week-end des Yéniches, des Sinti et des Roma	34
Annexe N° 2: Thèses de la Fondation «Assurer l'avenir des gens du voyage suisses» concernant les besoins des nomades étrangers	37
Annexe N° 3: Les Gens du voyage dans le Canton de St-Gall	

Rapporto di gestione

Organi della Fondazione	46
Rapporto di gestione	47
Conto economico e bilancio	54
Appendice 1: Expo.02 - Giornate degli Jenisch, dei Sinti e dei Roma	55
Appendice 2: Tesi della Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" sui bisogni dei nomadi stranieri	58
Appendice 3: Nomadi nel Canton San Gallo	61

ORGANE DER STIFTUNG

Stiftungsrat:

Präsident:

Werner Niederer*	<i>Regierungsrat des Kantons Appenzell-Ausserrhoden</i>	Herisau
------------------	---	---------

Mitglieder des Stiftungsrates:

May Bittel*	<i>Zigeunermmission</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden</i>	Chur
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Bundesamt für Kultur</i>	Bern
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zürich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Bern
Dr.iur. Markus Metz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Binningen
Johann Moser-Graf	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Dr.iur. Guido Sutter	<i>Staatssekretariat für Wirtschaft</i>	Bern
Walter Waser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zürich

*) Mitglieder des Ausschusses

Kontrollstelle:

Eidgenössische Finanzkontrolle, Bern

Geschäftsstelle:

Dr. iur. Urs Glaus, Rechtsanwalt, Unterstrasse 15, Postfach, 9001 St. Gallen

Tel. 071 222 10 20

Fax 071 222 10 55

E-Mail info@gj-anwaelte.ch

1. Tätigkeit

1.1. Allgemeines

Die Fahrenden brauchen eine ausreichende Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen verteilt über die ganze Schweiz. Heute bestehen offiziell 11 Standplätze und 48 Durchgangsplätze. Im Auftrag der Stiftung wurde ein Gutachten zum Thema „Fahrende und Raumplanung“ ausgearbeitet und im Jahre 2001 veröffentlicht. Das Gutachten beruht auf einer Bestandesaufnahme und einer Bedürfnisanalyse. Es kommt zum Ergebnis, dass je 30 zusätzliche Stand- und Durchgangsplätze realisiert werden sollten. Die bestehenden Plätze müssen grösstenteils saniert werden. Die Kosten dafür würden rund Fr. 34 Mio ausmachen, die im Laufe von rund 10 Jahren zu investieren wären.

Im Jahre 2002 ist mehr für die Schaffung getan worden als in früheren Jahren. So wurde im Kanton Baselland in Aussicht gestellt, dass vier neue Plätze für je rund 10 Wohnwagen geplant würden. Im Kanton Aargau ist ein Durchgangsplatz für rund 40 Wohnwagen geplant. Konkrete Pläne für die Errichtung von Durchgangsplätzen bestehen in den Kantonen Wallis und Jura. Im Kanton St. Gallen wurde ein Standplatz für Fahrende in Uznach eingerichtet, und das Baudepartement arbeitet ein Konzept für die Errichtung von mehreren Durchgangsplätzen aus. Diesem Konzept des Baudepartements liegt das Gutachten der Stiftung zugrunde.

Das Jahr 2002 war auch das Jahr der Expo. Die Fahrenden haben die Expo 02 genutzt, um sich und ihr Selbstverständnis einem breiten Publikum darzustellen. Sie haben vom 6. – 8. September 2002 auf der Arteplage Murten ein Event-Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma gestaltet. Die vier schweizer Zigeuner-Organisationen sind gemeinsam aufgetreten und haben die ganze Vielfalt des Lebens, der Kunst und Kultur dieser Volksgruppen dargestellt. Über 80 Künstler und Schausteller haben sich ein Stelldichein gegeben. Der

Anlass hat in der Öffentlichkeit breite Resonanz gefunden. Die Stiftung hat einen namhaften Beitrag an die Kosten geleistet. Im Anhang 1 ist die Eröffnungsrede von Lukas Vogel, Kulturbeauftragter der Kantone an der Expo, anlässlich des Event-Wochenendes abgedruckt, in welcher er den Beitrag der Fahrenden zur kulturellen Vielfalt der Schweiz würdigte.

Die Radgenossenschaft der Landstrasse hat im Laufe der letzten Jahre intensiv am Projekt gearbeitet, ein Dokumentationszentrum einzurichten und eine Ausstellung über die Geschichte und Kultur der Fahrenden aufzubauen. Die Stiftung finanzierte ein Konzept, welches von Professor Roger Sablonier und Dr. Thomas Meier von der Beratungsstelle für Landesgeschichte AG ausgearbeitet wurde. Bereits im Jahre 2002 wurde damit begonnen, die Ausstellung zu realisieren, wobei die Fahrenden von den Historikern und Ausstellungsfachleuten beraten und begleitet werden. Die Ausstellung befindet sich am Sitz der Radgenossenschaft an der Hermetschloostrasse 73 in Zürich. Die Stiftung hat an die Investitionskosten einen namhaften Beitrag geleistet. Der Aufbau der Ausstellung wäre jedoch ohne die grosszügige finanzielle Unterstützung fast aller Kantone nicht möglich gewesen. Die Stiftung dankt den Kantonen an dieser Stelle nochmals für ihre ideelle und materielle Unterstützung dieses wichtigen Projekts.

Ein weiterer wichtiger Anlass war die Tagung vom 8. November 2002 in Bern zum Thema „Aufenthalt ausländischer Fahrender in der Schweiz“. Die Stiftung hat damit ein Thema aufgegriffen, welches Sensibilitäten auf mehreren Ebenen bei Fahrenden und Sesshaften angesprochen hat. Die Stiftung hatte drei Thesen zu diesem Thema erarbeitet und stellte sie an der Tagung vor; sie sind im Anhang 2 zu diesem Jahresbericht publiziert. Ausländische Fahrende dürfen nicht ausgegrenzt werden. Denn jedes Jahr halten sich viele Gruppen ausländischer Fahrender klaglos in der Schweiz auf. Es ist aber ebenfalls eine Tatsache, dass insbesondere wegen des Mangels an Durchgangsplätzen und wegen der Ablehnung, der sie begegnen, Konflikte entstehen. Es ist der Stiftung jedoch gelungen, an der Tagung vom 8. November 2002 die heutige Situation sachlich und

im Gespräch zwischen Fahrenden und Sesshaften darzustellen und Lösungen aufzuzeigen. Die Versachlichung des Gesprächs gehört zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Tagung. Erst auf dieser Grundlage können Lösungen überhaupt umgesetzt und Plätze eingerichtet werden. Die Vertreter des Bundes, der Kantone, worunter mehrere Regierungsräte, und Gemeinden haben übereinstimmend festgestellt, dass Plätze auch für ausländische Fahrende eingerichtet werden müssen und dass für diese Aufgabe weiterhin die Kantone und Gemeinden zuständig sein sollen. Regierungsrat W. Haag, St. Gallen, hat an dieser Tagung die politische Ausgangslage und eine mögliche Lösung aufgezeigt; sein Beitrag ist im Anhang 3 abgedruckt.

1.2. Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist im Jahre 2002 zu 5 Sitzungen zusammengekommen. Mehrere Arbeitsgruppen haben sich mit verschiedenen einzelnen Projekten befasst.

1.3. Politische Arbeit

Die Hauptaufgabe der Stiftung besteht gemäss Stiftungsurkunde vom 1. Mai 1997 in der Koordination der Bemühungen von Bund, Kantonen und Gemeinden zugunsten der Fahrenden. Die Stiftung hat nicht die Aufgabe, finanzielle Unterstützung in Einzelfällen auszurichten oder, wie dies gelegentlich erwartet wird, selber Plätze einzurichten.

Die Einrichtung von Stand- und Durchgangsplätzen in den Kantonen und Gemeinden ist ein zentrales Anliegen der Fahrenden und der Stiftung. In erster Linie ist der politische Wille und die Bereitschaft der Behörden dazu zu schaffen. Die planungsrechtliche Umsetzung des politischen Willens findet ihren Niederschlag zunächst in den Richtplänen der Kantone. Die Stiftung wirkt darauf hin, dass in den Richtplänen die Schaffung von Stand- und Durchgangs-

plätzen für die Fahrenden vorgesehen und die bestehenden Plätze rechtlich abgesichert werden. Mehrere Kantone haben bei der Revision ihrer Richtpläne die entsprechenden Absichtserklärungen aufgenommen und ihre Richtpläne ergänzt.

1.4 Internationale Vereinbarungen zum Schutz von Minderheiten

Im August 2002 erstattete der Bund dem Beratenden Ausschuss des Europarates für den Schutz nationaler Minderheiten auf dessen Wunsch zusätzliche Auskünfte im Sinne der Vervollständigung des Ersten Berichts der Schweiz vom April 2001 zur Umsetzung des **Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten**. Im Bericht vom April 2001 hatte der Bund ausdrücklich anerkannt, dass auch die Fahrenden eine nationale Minderheit im Sinne des Rahmenübereinkommens darstellen und damit den Schutz des Rahmenübereinkommens beanspruchen können. Der Ergänzungsbericht enthält hinsichtlich der Fahrenden insbesondere detaillierte Informationen über die geschichtlichen Umstände der Ankunft der Fahrenden in der Schweiz und über die Geschichte und die Kultur der Fahrenden in der Schweiz sowie zur Situation in Bezug auf die Stand- und Durchgangsplätze. Wichtig ist aus der Sicht der Stiftung die Feststellung, dass auch seitens des Bundes anerkannt wird, dass das bestehende Netz an Stand- und Durchgangsplätzen nicht ausreichend ist.

Am 11. November 2002 hatte eine Delegation der Stiftung anlässlich des Besuchs des Beratenden Ausschusses des Europarates für den Schutz nationaler Minderheiten in der Schweiz Gelegenheit, die Probleme der Fahrenden im persönlichen Gespräch vorzubringen. Am 12. November 2002 besichtigten der Beratende Ausschuss des Europarates auf Initiative der Delegation der Stiftung verschiedene Stand- und Durchgangsplätze im Kanton Graubünden.

Der im Dezember 2002 verabschiedete zweite Bericht der Schweiz zur Umsetzung der **Europäischen Charta der Regional- und Minderheitssprachen** enthält hinsichtlich der Massnahmen, die gemäss Art. 7 der Charta in Bezug auf das Jenische und die Förderung ihrer Sprache getroffen wurden, folgende Ausführungen von allgemeinem Interesse:

Der Bund anerkennt und fördert den kulturellen Reichtum der Fahrenden in der Schweiz. Im Anschluss an den Bericht der Expertenkommission des Europarates vom 23. November 2001 (§ 20 und § 53) hat der Bund die Radgenossenschaft der Landstrasse zu einer Aussprache über geeignete Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der jenischen Sprache in der Schweiz eingeladen. Diese Aussprache hat am 21. Juni 2002 stattgefunden. Dabei wurden mehrere sprach- und verständigungspolitische Förderungsmöglichkeiten zu Gunsten des Jenischen erörtert:

- *Die Fahrenden bringen das Anliegen zum Ausdruck, generell für die Anerkennung der Fahrenden in der Gesellschaft mehr zu tun, insbesondere durch die historische Erforschung und Dokumentierung ihrer Vergangenheit, durch bessere Vermittlung der Kultur der Jenischen in der sesshaften Bevölkerung, vor allem in den Schulen, sowie durch konkrete Massnahmen zur Sprachförderung.*
- *Die Geschichtsforschung kann durch Aufarbeitung der Vergangenheit Wesentliches zum Selbstverständnis der Fahrenden sowie zu deren Anerkennung in der Gesellschaft beitragen. Verschiedene Fragen sind noch nicht erforscht, bei anderen besteht ein weiterer Forschungsbedarf, wie z.B. hinsichtlich der Aktion "Kinder der Landstrasse". Wichtig ist zudem, dass die historische Forschung die Besonderheit und die Eigenständigkeit der Jenischen erkennbar macht und diese nicht bloss als Teil einer grösseren Gesamtheit oder als eine soziale Gruppe unter anderen (die beispielsweise von Kindswegnahmen betroffen waren) behandelt.*
- *Die Kultur der Jenischen darf zudem nicht "nur" in einem schweizerischen Kontext betrachtet werden. Infolge ihrer Herkunft und ihrer Mobi-*

lität sowie durch ihre Sprache sind die Fahrenden über die Landesgrenzen hinweg kulturell miteinander verbunden.

- *Die junge Generation der Fahrenden ist zunehmend für die jenische Sprache sensibilisiert. Durch finanzielle Unterstützung könnte der Bund einen wesentlichen Beitrag zur Spracherhaltung und Sprachförderung leisten. Im vergangenen Jahr ist zwar eine wichtige Forschungsarbeit zur jenischen Sprache in der Schweiz erschienen (Roth Hansjürg: Jenisches Wörterbuch. Zur Sprache der Jenischen in der Schweiz. Frauenfeld 2001); es gibt aber keine Unterrichtsmittel.*
- *In kultureller Hinsicht spielt das Lied- und Musikgut der Jenischen für die Fahrenden eine bedeutende Rolle. Dessen Dokumentierung und Verbreitung auf Tonträgern ist aus der Sicht der Jenischen – auch im Sinne der Sprachförderung – sehr wünschenswert.*
- *Bei allen Massnahmen zur Förderung der jenischen Sprache ist insbesondere darauf zu achten, dass die Mädchen und Frauen unter den Fahrenden angesprochen werden, da sie massgeblich zur Pflege und Weitergabe der jenischen Sprache in den Familien beitragen.*

Konkrete Massnahmen

kurzfristig:

- *Das Bundesamt für Kultur (BAK) kann unter dem Titel "ausser-schulische Jugendarbeit" kulturelle Projekte, die sich an jugendliche Jenische richten und von Jugendlichen organisiert werden, mitfinanzieren. Dazu muss ein Projektgesuch eingegeben werden.*
- *Das BAK kann unter dem Titel "Sprachgemeinschaften und Verständigung" auch grenzüberschreitende Austauschaktivitäten mit sprachlich-kulturellem Hintergrund unterstützen. Dazu muss ein Projektgesuch eingegeben werden.*

mittelfristig:

- *Das BAK prüft die Möglichkeit, bei der gegenwärtig laufenden Vorbereitung des Sprachengesetzes die notwendigen Voraussetzungen für die Förderung der jenischen Sprache zu schaffen (Förderung der Verständigung und des Austauschs).*
- *Der BAK prüft Möglichkeiten, bei der Entwicklung von wissenschaftlichen Projekten den sprachpolitischen Anliegen der Jenischen Rechnung zu tragen.*

Die Stiftung unterstützt die Radgenossenschaft der Landstrasse bei der Umsetzung der sprachlichen Anliegen der Fahrenden ideell, beratend und nach Möglichkeit auch finanziell. Sie geht dabei davon aus, dass die Förderung der Sprache der Fahrenden und damit ihres kulturellen Reichtums dazu beiträgt, das Verständnis für die Lebensweise der Fahrenden zu verbessern.

2. Stiftungsaufsicht und Eidgenössische Finanzkontrolle

Die Finanzen der Stiftung sind von der eidgenössische Finanzkontrolle geprüft worden. Am 15. Juli 2003 hat sie dem Stiftungsrat mitgeteilt, dass die Rechnung und Buchhaltung den gesetzlichen Vorschriften entspreche und sie dem Eidgenössischen Departement des Innern, welches die Aufsicht über die Stiftung ausübt, die Genehmigung der Jahresrechnung beantrage.

Die eidgenössische Stiftungsaufsicht hat am 31. Juli 2002 bestätigt, dass zur Geschäftsführung der Stiftung keine aufsichtsrechtliche Bemerkungen anzubringen seien. Im übrigen wurde vom Bericht und den Hinweisen der eidgenössischen Finanzkontrolle Kenntnis genommen.

3. Jahresrechnung und Bilanz 2002

Erfolgsrechnung 2002

Bezeichnung	Aufwand CHF	Ertrag CHF
Beiträge Bund		145'500.00
Zinsertrag und realisierte Kursgewinne		27'772.15
neutrale Rechnung		- 98'699.50
Projekt Raumplanung	530.00	
Dokumentationszentrum Radgenossenschaft	70'000.00	
Expo 02	40'465.95	
Honorare	56'431.05	
Sitzungsgelder und Spesen	24'987.60	
AHV	1'723.60	
Courtage/Umsatzabgabe etc.	508.30	
Verwaltungsaufwand	19'558.95	
Buchhaltungsstelle	5'107.55	
Verlust		144'740.35
	219'313.00	219'313.00

Bilanz 2002

Bezeichnung	Aktiven CHF	Passiven CHF
Umlaufvermögen	24'989.60	
Wertschriften	765'846.05	
Passive Abgrenzungen		6'668.00
Rückstellungen		173'776.65
Stiftungskapital		610'391.00
	790'835.65	790'835.65

Anhang 1:

Expo.02 - Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma

Lukas Vogel, Kulturbeauftragter des Kantons Nidwalden, Stans

Sie wurden als „Zigeuner“ oder „Fekker“ bezeichnet, die Fahrenden, die Jenischen, die Sinti, die Roma und die anderen. Sie wurden lange und fast ausschliesslich als rassische, als kriminalpolitische Kategorie wahrgenommen und entsprechend ausgegrenzt. Den „Kindern der Landstrasse“ wollten wir Sesshaften, wir Nicht-Jenischen unsere Lebensweise aufzwingen – mit den Folgen, die in den letzten Jahren allmählich bekannt geworden sind.

Natürlich haben heute die offiziellen Stellen auch ein schlechtes Gewissen. Natürlich geht es uns hier und heute auch um eine Wiedergutmachung. Aber es geht uns um mehr. Es geht uns um die Anerkennung eines eigenständigen Teils der Schweizer Kultur. Die Kultur der Jenischen, der Roma fand bisher kaum als Teil der Schweizer Kultur Beachtung und Anerkennung, sie wurde schlimmstenfalls in Bausch und Bogen verdammt und bestenfalls mit dem Bonus des exotischen zur Kenntnis genommen. Es geht uns darum, dass die Kultur der Jenischen, der Sinti und Roma endlich als selbstverständlicher Teil in den Horizont der vielfältigen und buntscheckigen Schweizer Kultur aufgenommen wird. Das sind, kurz und bündig zusammengefasst, die Gründe, die uns bewogen haben, das „Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma“ an der expo.02 zu ermöglichen.

Es sind drei Institutionen, welche den Anlass finanziell ermöglichen:

- die Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten,
- die Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“,
- die Stiftung der Schweizerischen Landesausstellung 1939.

Die **Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten** ist ein Fachorgan der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK. Sie hat selber nur äusserst beschränkte Möglichkeiten der direkten Mitfinanzierung kultureller Projekte. Sie hat deshalb keinen eigenen Finanzbeitrag an das „Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma“ geleistet.

Vielmehr hat sie eine Empfehlung erarbeitet und verabschiedet zu Handen der Kantone respektive der kantonalen Institutionen der Kulturförderung. Die Finanzierung des heutigen Anlasses wurde also von der Konferenz empfohlen und von den einzelnen Kantonen entsprechend ihrer jeweiligen Kulturförderungsstrukturen rechtsgültig beschlossen.

Innerhalb der Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten stiess dieses Projekt auf grosse Zustimmung, weil es in besonderem Masse die von der Konferenz gesetzten Kriterien erfüllte.

- Es überschreitet Sprach- und Landesgrenzen; es ist im besten Sinne multikulturell und schweizerisch zugleich.
- Es strahlt über den eigentlichen Anlass hinaus.
- Es ist von Umfang und Grösse her angemessen und realisierbar.

Die **Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“** wurde vor fünf Jahren vom Bund gegründet und steht unter dem Präsidium von Regierungsrat Werner Niederer, Kanton Appenzell Ausserrhoden. Sie hat unter anderem den Auftrag, einen Beitrag zur Wahrung des kulturellen Selbstverständnisses dieser Minderheit zu leisten. In der Stiftung arbeiten Vertretungen verschiedener staatlicher Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) mit Repräsentanten der Fahrenden zusammen. Die Stiftung beschäftigte sich in den letzten Jahren sehr stark mit einem wichtigen und viel diskutierten Thema: mit dem Problem der Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende. Mit einem Thema also, das für die Kultur der Fahrenden von zentraler Bedeutung ist.

Die **„Stiftung der Schweizerischen Landesausstellung 1939“** wurde 1940 gegründet mit dem Überschuss aus der Abrechnung der Landi 1939. Sie wird präsiert vom Zürcher Regierungsrat Markus Notter. Für die Stiftung war es naheliegend, Projekte im Umfeld der expo.02 zu unterstützen. Den Beitrag an das „Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma“ versteht die Landi-Stiftung als ein kultur- und sozialpolitisches Signal. Sie möchte damit einen Beitrag leisten an die Weiterentwicklung einer offenen, toleranten und sich ihrer Geschichte bewusst gewordenen Gesellschaft.

Letztlich kam das Wochenende der Jenischen, Sinti und Roma nur zu Stande, weil und indem alle Beteiligten Hand in Hand arbeiteten. Das gilt für die expo.02 als Ver-

anstalterin, das gilt für die Jenischen, Sinti und Roma als Ausführende, und das gilt auch für die drei Finanzierungspartner. Wir hoffen, dass der Anlass über den Tag hinaus wirkt und das Verständnis für diesen bisher ins Abseits gestellten Teil der Schweizer Kultur weckt und vertieft.

Anhang 2:**Thesen der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende»
zu den Bedürfnissen von ausländischen Fahrenden****These 1**

Dass den Schweizer Fahrenden Stand- und Durchgangsplätze fehlen, ist heute allgemein anerkannt. Ebenso bekannt ist, dass nicht genügend Durchgangsplätze für ausländische Fahrende vorhanden sind. Die Ablehnung von entsprechenden Planungs- und Bauvorhaben in den Gemeinden wird vielfach mit dem Fehlverhalten von einzelnen ausländischen Gruppen von Fahrenden begründet.

Forderungen Stiftung

- Die Planung und Errichtung von Stand- und Durchgangsplätzen für Schweizer Fahrende ist nach wie vor vordringlich. Ebenso müssen zusätzliche Durchgangsplätze für ausländische Fahrende realisiert werden. Diese Aufgabe kann nicht allein den Gemeinden überlassen bleiben. Bund und Kantone müssen die Gemeinden in ihren Bestrebungen zur Schaffung von Plätzen für Fahrende unterstützen.
- Den Bemühungen zur Umsetzung der berechtigten und anerkannten Anliegen der Schweizer Fahrenden nach Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen darf nicht das Fehlverhalten einzelner Gruppen ausländischer Fahrenden entgegengehalten werden.

These 2

Den Gemeinden kommt beim Vollzug der Raumplanung grosse Bedeutung zu. Sie legen die Nutzungsordnung des Bodens im Nutzungszonenplan fest. Auf Gemeindeebene fehlt oft aus den verschiedensten Gründen der politische Wille, Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende zu schaffen und einzurichten. Die Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» besitzt kein rechtliches Instrumentarium, um die Gemeinden zu zwingen, Grundstücke für die Errichtung von Stand- und Durchgangsplätzen zur Verfügung zu stellen. Sie kann nur Empfehlungen abgeben und zwischen den betroffenen Partnern vermitteln.

Forderungen der Stiftung

- Da die Schaffung von Durchgangsplätzen sowohl für ausländische wie für schweizerische Fahrende in einzelnen Gemeinden oft auf Widerstand stösst, sind regionale oder interkommunale Lösungen anzustreben.
- Allenfalls müssen Bund und Kantone finanzielle Anreize schaffen, damit Gemeinden und Städte Durchgangsplätze für ausländische Fahrende einrichten. Ebenfalls ist dafür zu sorgen, dass die Betriebskosten wie auch die Unkosten der Gemeinden für diese Plätze abgegolten werden.

These 3

Jedes Jahr besuchen ausländische Fahrende die Schweiz und halten sich jeweils einige Tage auf den dafür vorgesehenen Plätzen auf. Die Mehrheit dieser fahrenden Menschen hält sich an die Rechtsordnung, bezahlt für die Benutzung der Plätze und verlässt diese vereinbarungsgemäss. Einzelne Gruppen fallen hingegen dadurch auf, dass sie wild campieren und auf den Plätzen grosse Unordnung hinterlassen. Der Aufenthalt von ausländischen Fahrenden lässt sich nicht verhindern und soll auch nicht verhindert werden. Hingegen muss alles daran gesetzt werden, dass sie sich an die bestehende Rechtsordnung halten.

Die Lösung der Probleme mit ausländischen Fahrenden ist in erster Linie eine Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Diese allein sind in der Lage, die Durchsetzung der bestehenden Rechtsordnung zu gewährleisten. Die Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“ kann ein Gesprächsforum bieten und Lösungsansätze aufzeigen.

Forderungen der Stiftung

- Die Polizeiorgane der Kantone und Gemeinden haben dafür zu sorgen, dass die Plätze für ausländische Fahrende von diesen auch benutzt und in Ordnung gehalten werden. Gegen wildes Campieren sowie rechtswidriges Verhalten ist entschlossen vorzugehen.
- Notwendige Polizeiaktionen sind interkantonal zu organisieren und zu koordinieren.

Anhang 3:**Fahrende im Kanton St.Gallen**

Willi Haag, Vorsteher des Baudepartementes des Kantons St.Gallen,

1. Einleitung

Im Kanton St. Gallen wurde das Problem der Fahrenden analog zu den anderen Kantonen gehandhabt: Jedes Departement reichte das Problem an das nächste weiter, keines wollte sich damit befassen. Gleich ging es im Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden: Der Kanton forderte die Gemeinden auf, tätig zu werden, aber die Gemeinden beharrten darauf, dass es sich um ein kantonales Problem handle.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum sich das Baudepartement mit den Fahrenden auf dem Kantonsgebiet abgibt. Das Baudepartement musste sich den Fahrenden annehmen, weil sich diese auf Grundstücken des Kantons aufhielten. Es ist aber wichtig festzuhalten, dass alle Stufen des Staates gefordert sind. Der Bund und die Kantone, aber auch die Gemeinden sind zuständig, weil die Plätze immer in ihrem Hoheitsbereich liegen und immer alle Stufen des Staates betreffen.

2. Ausgangslage

Aus meiner Tätigkeit als Gemeindepräsident lernte ich circa 1998 Fahrende aus dem Elsass kennen, die ohne Vorwarnung einen Platz in der Gemeinde bezogen hatten. Die auftauchenden Probleme wurden mit den Fahrenden besprochen. Mit den Fahrenden wurde auch eine Regelung gefunden, die für beide Seiten tragbar war. Namentlich wurden eine Tagesmiete pro Wohnwagen und eine Kautionsvereinbarung vereinbart, die bei Zurücklassen eines sauberen Platzes zurückerstattet wurde.

Seit Juli 2000 bin ich Bauchef im Kanton St.Gallen und kenne die Probleme mit den Fahrenden auch aus Sicht des Kantons. Es gibt zum einen Ärger mit den Durchgangsplätzen und zum anderen Probleme mit Fahrenden, die bei uns ihren Standplatz haben. Diese Probleme mussten zweistufig angegangen werden: Zuerst müssen definitive Standplätze für die drei in Frage stehenden Sippen gefunden werden. Anschliessend sollen die Durchgangsplätze geregelt werden.

3. Dauerstandplätze

Im Kanton St.Gallen verfügen drei Sippen (es handelt sich um Schweizer Familien) über einen Standplatz. Im Laufe der Zeit hat sich ergeben, dass sich diese Sippen auf Grundstücken des Kantons niedergelassen haben. Die Inanspruchnahme unserer Grundstücke erfolgte ohne Bewilligung und ohne Mietvertrag. Trotzdem haben sich die Fahrenden nie bemüht, diese Situation selber zu verbessern. Ohnehin hat die Erfahrung später gezeigt, dass die Fahrenden gar nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft einen Standplatz einzurichten. Auch der Kanton und die betroffenen Gemeinden haben sich nie bemüht, die Situation zu verbessern. Offensichtlich lebte man nach dem Grundsatz "Leben und Leben lassen" und sah in den Standplätzen absolut keine Probleme.

Kurz nach meinem Amtsantritt musste ich feststellen, dass bei zwei Standplätzen ein erhebliches Zeitproblem besteht. Auf einem Standplatz musste schon ab September 2001 der Neubau für die Mittelschule Wil realisiert werden. Auf dem anderen Standplatz sollte im Sommer 2002 der Spatenstich für den Polizeistützpunkt und Werkhof Schmerikon stattfinden, damit die H8 im Herbst 2003 eröffnet werden kann.

Zunächst verlief die Suche nach Ersatzplätzen erfolglos. Bemerkenswert ist, welche riesigen Fantasien die Gemeinden entwickelten, damit sie keinen Ersatzstandort zur Verfügung stellen mussten. Grundsätzlich war niemand gegen einen Standplatz. Konkret waren aber die vorgeschlagenen Standorte nie möglich.

Bei dieser Sachlage musste das Baudepartement die Angelegenheit selbst an die Hand nehmen. Mit dem Projekt wurden je ein Mitarbeiter der Rechtsabteilung, des Hochbauamtes und des Büros für Landerwerb betraut. Ziel war, die Voraussetzungen für die Einrichtung der erforderlichen Ersatzstandorte zu schaffen.

Das Projekt wurde auf drei Ebenen angegangen:

1. Um die Gemeinden zu entlasten und ihnen die Ängste hinsichtlich zusätzlicher Fürsorgekosten zu nehmen, wurde in einer departementsübergreifenden Arbeitsgruppe eine Mustervereinbarung erstellt. Diese Vereinbarung, die mit allen Standortgemeinden abgeschlossen werden soll, sieht vor, dass sämtliche ungedeckten Kosten in den Bereichen Schule, Sozialhilfe, Gesundheit sowie Pacht und Miete einschliesslich Nebenkosten vom Kanton getragen werden.
2. Um einer allfälligen Opposition in den Gemeinden den Wind aus den Segeln zu nehmen und um Vorwürfen hinsichtlich falscher Zonierung und Missachtung der Regelbauweise zu begegnen, erklärte sich der Kanton bereit, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden einwandfreie rechtliche Grundlagen zu erlassen sowie die Flächen für die Standplätze zu erwerben, die Infrastruktur zu erstellen und den Betrieb zu übernehmen.

Weiter arbeitete das Baudepartement eng mit den betroffenen Gemeinden und den Anstössern zusammen, um eine möglichst umgebungsfreundliche Ausgestaltung der Standplätze zu erreichen. Nur mit weit gehenden Konzessionen war die zeitgerechte Realisierung eines Standplatzes möglich.

Selbstverständlich war neben den detaillierten Nutzungsplänen noch eine Baubewilligung erforderlich. In diesem Verfahren mussten weitere Konzessionen eingegangen werden.

3. Parallel zur öffentlich-rechtlichen Ebene mussten mit den Fahrenden die Verhandlungen über den Abschluss eines Mietvertrages geführt werden. Hier

mussten sowohl die Bedürfnisse wie auch die finanziellen Möglichkeiten der Fahrenden berücksichtigt werden.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die intensiven Bemühungen des Baudepartementes nur in einem Fall zu einer definitiven Lösung führten. Im anderen Fall konnte nur ein auf fünf Jahre befristetes Provisorium erstellt werden. Beiden Fällen ist gemeinsam, dass neben den schliesslich realisierten Standorten zahlreiche Alternativen aufgegleist worden waren. Obwohl diese Alternativen auch geeignet gewesen wären, mussten sie aus Zeitgründen und wegen der örtlich auftauchenden Opposition fallen gelassen werden.

Verwaltungsintern wurde die Arbeit an einer definitiven Regelung des zweiten Standplatzes schon vor einiger Zeit aufgenommen. Das Projekt wird aber noch erheblichen Aufwand verursachen.

4. Durchgangsplätze

Im Richtplan.01 des Kantons St.Gallen wird die Schaffung von Durchgangsplätzen für Fahrende als kantonales Interesse aufgeführt. Diesem Anliegen ist keine Opposition erwachsen, weil keine konkreten Standorte aufgeführt werden.

Das Planungsamt (heute: Amt für Raumentwicklung) wurde mit der Ausarbeitung des Konzepts für die Einrichtung von Durchgangsplätzen beauftragt. Diese Arbeiten dauern heute noch an.

Vorgesehen ist, dieses Konzept regionsweise den Gemeindepräsidenten zu präsentieren. Wie bei anderen Aufgaben auch, sollen sich die Gemeindepräsidenten einer Region darauf einigen, in welcher Gemeinde die Durchgangsplätze geschaffen werden sollen. Der Kanton wird im Gegenzug die Arbeiten unterstützen und zur Realisierung beitragen.

Nach der Bestimmung der Standorte soll die Realisierung gleich wie bei den Standplätzen erfolgen:

- Der Kanton erwirbt die erforderlichen Flächen.
- Die Gemeinden sorgen - mit Unterstützung des Kantons - für die erforderlichen rechtlichen Grundlagen (Nutzungspläne und Reglemente).
- Der Kanton erstellt auf eigene Kosten die nötige Infrastruktur.
- Der Kanton betreibt die Durchgangsplätze mit klaren Spielregeln.

Hinsichtlich der Durchgangsplätze ist noch ein Letztes festzuhalten: Bei der Benutzung wird nicht zwischen inländischen und ausländischen Fahrenden unterschieden. Eine andere Ausrichtung wäre diskriminierend und damit unzulässig.

5. Ausblick

Der Kanton St. Gallen arbeitet mit grossem Engagement an einer Lösung der Probleme mit den Fahrenden. Daran ist aber die klare Erwartung geknüpft, dass auch die anderen Kantone entsprechende Plätze schaffen. Zuständig für diese Aufgabe sind nach meiner Ansicht am ehesten die Baudirektoren, weil es sich vorweg um raumplanerische Aufgaben handelt.

Rapport annuel 2002

ORGANES DE LA FONDATION

Conseil de la Fondation :

Président:

Werner Niederer*	<i>Conseiller d'Etat du Canton d 'Appenzell Rhodes-Extérieures</i>	Herisau
------------------	--	---------

Membres du Conseil de la Fondation :

May Bittel*	<i>Mission tsigane</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Département de Justice, Police et Santé du Canton des Grisons</i>	Coire
Paul Fink, Dr phil. *	<i>Office fédéral de la culture</i>	Berne
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Association des communes suisses</i>	Berne
Markus Metz, Dr en droit	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Binningen
Johann Moser-Graf	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Guido Sutter, Dr en droit	<i>Secrétariat d'Etat à l'Economie</i>	Berne
Walter Waser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurich

*) membres du Comité

Organe de contrôle :

Contrôle fédéral des finances	Berne
-------------------------------	-------

Secrétariat:

Urs Glaus, Dr en droit, avocat, Unterstrasse 15, case postale, 9001 St. Gall

Tél. 071 222 10 20

Fax 071 222 10 55

E-Mail info@gj-anwaelte.ch

1. Activité

1.1. Généralités

Les gens du voyage ont besoin d'un nombre suffisant d'emplacements permanents et de transit, répartis dans toute la Suisse. Aujourd'hui, il existe officiellement 11 emplacements fixes et 48 aires de transit. Sur mandat de la Fondation, un rapport d'expertise a été élaboré sur le thème "Les gens du voyage et l'aménagement du territoire" et il a été publié en 2001. Ce rapport se fonde sur un inventaire et sur une analyse des besoins. Il arrive à la conclusion qu'il conviendrait de réaliser 30 emplacements fixes et autant d'aires de transit. En outre, l'équipement de la plupart des emplacements devrait être amélioré. Au total, les coûts s'élèveraient à Fr. 34 millions, qui devraient être investis au cours des 10 prochaines années.

La création d'emplacements a été plus forte en 2002 qu'au cours des années précédentes. Ainsi, dans le Canton de Bâle-Campagne, on a prévu d'aménager quatre nouveaux emplacements, pouvant accueillir chacun 10 caravanes. Dans les Cantons du Valais et du Jura, il existe des plans concrets en vue de la création d'aires de transit. Dans le Canton de Saint-Gall, un emplacement fixe pour nomades a vu le jour à Uznach et le Département des constructions est en train d'élaborer un concept, basé sur le rapport d'expertise de la Fondation, qui porte sur l'aménagement de plusieurs aires de transit.

L'année 2002 a aussi été celle de l'Expo. Les gens du voyage en ont profité pour se présenter, ainsi que leurs groupes, à un vaste public. Durant tout un week-end, du 6 au 8 septembre 2002, ils ont mis sur pied, à l'artepilage de Morat, une série de productions des Yéniches, des Sinti et des Roma. Les quatre organisations tsiganes suisses, représentées par plus de 80 artistes et forains, sont apparues ensemble et elles ont montré toute la diversité de la vie, de l'art et de la culture de ces groupes de population. La manifestation, aux frais de laquelle la Fondation a contribué dans une mesure importante, a eu un large

écho dans le public. On trouvera à l'annexe 1 le discours tenu par Lukas Vogel, chargé culturel des cantons à l'Expo, où - à l'occasion de l'ouverture de cette manifestation - il souligne la contribution des gens du voyage à la diversité culturelle de la Suisse.

La Radgenossenschaft der Landstrasse a travaillé intensivement au cours des dernières années à un projet d'édifier un centre de documentation et de créer une exposition consacrée à l'histoire et à la culture des gens du voyage. La Fondation a financé un concept élaboré par le Professeur Roger Sablonier et par le Dr Thomas Meier, de la Beratungsstelle für Landesgeschichte AG. Dès l'année 2002, on a commencé à monter l'exposition, les gens du voyage étant assistés et suivis à cet effet par des historiens et des spécialistes en expositions. L'exposition est installée au siège de la Radgenossenschaft, à la Hermettschloostrasse 73, à Zurich. La Fondation a contribué pour une part importante à sa réalisation. Toutefois, sans l'assistance financière de presque tous les cantons, cet important projet n'aurait jamais pu voir le jour. La Fondation tient donc à réitérer ici sa vive gratitude aux cantons pour leur assistance, tant sur le plan spirituel que matériel.

La conférence organisée à Berne, le 8 novembre 2002, sur le thème "Le séjour des nomades étrangers en Suisse", a été un autre événement important. Sous ce titre, la Fondation a abordé un sujet qui touche à la sensibilité des nomades et des sédentaires à différents niveaux. Elle a élaboré à ce sujet trois thèses, qui ont été présentées à la Conférence et qui sont reproduites à l'annexe 2 de ce rapport annuel. Les nomades étrangers ne doivent pas être tenus à l'écart. En effet, chaque année de nombreux groupes de nomades étrangers séjournent en Suisse sans susciter de plaintes. Toutefois, il est également de fait que des conflits surgissent, notamment en raison du manque d'aires de transit et du rejet auquel les gens du voyage se heurtent. Néanmoins, lors de la Conférence du 8 novembre 2002, la Fondation est parvenue à présenter objectivement la situation actuelle et à la définir au cours d'entretiens entre nomades et sédentaires, en suggérant des solutions. L'objectivation des débats constitue un des princi-

paux événements de cette réunion. C'est seulement sur cette base que des solutions pourront être appliquées et que des emplacements pourront être aménagés. Les représentants de la Confédération, des cantons – dont plusieurs Conseillers d'Etat - et des communes ont constaté à l'unanimité qu'il faut créer également des emplacements à l'intention des nomades étrangers et que cette tâche devait continuer à relever de la compétence des cantons et des communes. M. W. Haag, St Gall, a brossé un tableau de la situation politique initiale à l'occasion de cette conférence et il a indiqué une solution possible ; son exposé est reproduit à l'annexe 3.

1.2. Conseil de la Fondation

Le Conseil de la Fondation s'est réuni à cinq reprises en 2002. Plusieurs groupes de travail ont planché sur divers projets.

1.3. Activité politique

Comme il ressort de l'Acte de fondation du 1^{er} mai 1997, l'objectif principal de la Fondation consiste à coordonner les efforts de la Confédération, des cantons et des communes en faveur des gens du voyage. Il ne lui appartient pas de verser une assistance financière dans des cas particuliers ni - comme on s'y attend parfois - d'aménager elle-même des terrains.

L'aménagement d'emplacements permanents et de transit dans les cantons et les communes est un problème qui tient tout particulièrement à cœur des gens du voyage et de la Fondation. A cet égard, le premier souci consiste à créer une volonté politique et à s'assurer que les Autorités sont prêtes à collaborer. L'application de la volonté politique dans le droit d'aménagement du territoire se traduit tout d'abord dans les plans directeurs des cantons. La Fondation s'efforce de faire en sorte que la création d'emplacements permanents et de transit à l'intention des gens du voyage soit prévue et que les terrains existants bénéfi-

cient d'une garantie juridique. Plusieurs cantons ont inclus des déclarations d'intention adéquates dans leurs plans directeurs et ils ont complété ces derniers en ce sens.

1.4 Conventions internationales sur la protection des minorités

En août 2002, la Confédération a adressé au Comité consultatif du Conseil de l'Europe sur la protection des minorités nationales, à la demande de ce dernier, des informations supplémentaires destinées à compléter le premier rapport présenté par la Suisse, en avril 2001, au sujet de l'application de la **Convention-cadre du Conseil de l'Europe sur la protection des minorités nationales**. Dans son rapport d'avril 2001, la Confédération a expressément reconnu que les gens du voyage constituent également une minorité nationale au sens de la Convention-cadre et qu'ils sont dès lors en droit de se prévaloir de la protection prévue par cette dernière. Au sujet des gens du voyage, le rapport complémentaire contient notamment des informations détaillées concernant les circonstances historiques de leur arrivée en Suisse, leur culture en Suisse, ainsi que la situation en matière d'emplacements permanents et de transit. Aux yeux de la Fondation, un élément important réside dans le fait que la Confédération admet également que le réseau actuel des emplacements permanents et de transit ne suffit pas pour répondre aux besoins.

Le 11 novembre 2002, une délégation de La Fondation a pu profiter d'une visite en Suisse du Comité consultatif du Conseil de l'Europe sur la protection des minorités nationales pour exposer personnellement les problèmes des gens du voyage. Le 12 novembre 2002, à l'instigation de la délégation de la Fondation, le Comité consultatif du Conseil de l'Europe sur la protection des minorités nationales a visité divers emplacements permanents et de transit dans le Canton des Grisons.

Le second rapport de la Suisse sur l'application de la **Charte européenne des langues régionales ou minoritaires**, adopté en décembre 2002, contient au sujet des mesures prises conformément à l'art. 7 de la Charte à l'égard des Yéniches et de la promotion de leur langue, les déclarations d'intérêt général suivantes :

La Confédération reconnaît et encourage la richesse culturelle des gens du voyage en Suisse. A la suite du Rapport du Comité d'experts du Conseil de l'Europe du 23 novembre 2001 (§ 20 et § 53), la Confédération a invité la Radgenossenschaft der Landstrasse à un échange de vues sur les mesures appropriées pour la sauvegarde et la promotion du yéniche en Suisse, entretien qui a eu lieu le 21 juin 2002. Plusieurs possibilités de promouvoir le yéniche dans le cadre de la politique des langues et de la compréhension ont été examinées.

- *D'une façon générale, les gens du voyage souhaitent que l'on en fasse plus pour que leur statut soit reconnu dans la société, notamment en effectuant des recherches sur leur histoire, en constituant une documentation, en faisant mieux connaître la culture yéniche à la population sédentaire, en particulier dans les écoles, et en prenant des mesures concrètes de promotion de leur langue.*
- *Le travail de mémoire entrepris par la recherche historique peut fournir une contribution notable à l'identité des gens du voyage et à leur reconnaissance sociale. Diverses questions n'ont pas encore été étudiées, d'autres doivent être approfondies, comme l'"Œuvre d'entraide aux enfants de la grand-route". Il importe en outre que la recherche historique mette en lumière les particularités de l'autonomie des Yéniches, et ne les traite pas comme partie d'un ensemble plus vaste ou comme un groupe social parmi d'autres (celui des gens à qui on aurait retiré leurs enfants, par exemple).*

- *La culture yéniche ne saurait non plus être considérée uniquement à l'échelle suisse. Du fait de leur origine, de leur mobilité et de leur langue, les gens du voyage sont tous unis par une même culture, au-delà des frontières.*
- *La nouvelle génération des gens du voyage est de plus en plus sensibilisée au yéniche. En accordant son soutien financier, la Confédération pourrait contribuer de manière notable à le préserver et à le promouvoir. Un ouvrage important a certes été publié l'an dernier sur le yéniche en Suisse (Roth Hansjürg: *Jenisches Wörterbuch. Zur Sprache der Jenischen in der Schweiz*, Frauenfeld 2001), mais on manque de moyens d'enseignement.*
- *Sur le plan culturel, la musique et le chant yéniche jouent un rôle important pour les gens du voyage. Il est donc tout à fait souhaitable, à leurs yeux, que cette musique soit archivée et diffusée sur des supports sonores, y compris pour promouvoir la langue.*
- *Dans toutes les mesures de promotion du yéniche, il faudra veiller à s'adresser aux jeunes filles et aux femmes, étant donné que, dans les familles, ce sont elles qui contribuent le plus à entretenir et à transmettre le yéniche.*

Mesures concrètes

A court terme

- *Au titre des "activités extra-scolaires pour la jeunesse", l'Office fédéral de la culture (OFC) peut cofinancer des projets culturels organisés par des jeunes et destinés aux jeunes yéniches. L'octroi d'une telle subvention se décide sur la base d'une demande de financement pour un projet précis*

- *Au titre des activités en faveur "des communautés linguistiques et de la compréhension", l'OFC peut soutenir des échanges culturels ou linguistiques, y compris au-delà des frontières. Là aussi, l'octroi d'une telle subvention se décide sur la base d'une demande de financement pour un projet précis.*

A moyen terme

- *Dans le cadre de la préparation (en cours) de la nouvelle loi sur les langues, l'OFC étudie la possibilité d'y faire figurer les conditions nécessaires pour la promotion du yéniche (promotion de la compréhension et des échanges).*
- *Lors de l'élaboration de projets scientifiques, l'OFC étudie les possibilités de tenir compte des préoccupations linguistiques des Yéniches.*

La Fondation appuie la Radgenossenschaft der Landstrasse dans ses efforts pour faire droit aux revendications des gens du voyage, tant sur le plan des idées, que sur celui des conseils, ainsi que – dans la mesure des possibilités – sur le plan financier. Elle considère que la promotion de la langue des gens du voyage et, dès lors, de leur richesse culturelle, contribue à améliorer la compréhension du mode de vie des nomades.

2. Surveillance de la Fondation et Contrôle fédéral des finances

Les finances de la Fondation ont été examinées par le Contrôle fédéral des finances. Le 15 juillet 2003, ce dernier a fait savoir au Conseil de la Fondation que les comptes et la comptabilité étaient conformes aux prescriptions légales et qu'il proposait au

Département fédéral de l'intérieur, qui exerce la surveillance sur la Fondation, d'approuver les comptes annuels.

La Surveillance fédérale des fondations a confirmé le 31 juillet 2002 qu'il n'y avait pas de remarques relevant du droit de surveillance à formuler en ce qui concerne la direction de la Fondation. Par ailleurs, il a été pris acte du rapport et des indications émanant du Contrôle fédéral des finances.

3. Comptes annuels et bilan 2002

Compte de profits et pertes 2002

Spécification	Dépenses CHF	Recettes CHF
Subventions de la Confédération		145'500.00
Produits des intérêts et bénéfices de cours réalisés		27'772.15
Compte neutre		- 98'699.50
Projet d'aménagement du territoire	530.00	
Centre de documentation de la Radgenossenschaft	70'000.00	
Expo 02	40'465.95	
Honoraires	56'431.05	
Jetons de présence et frais	24'987.60	
AVS	1'723.60	
Courtage/Droit de timbre, etc	508.30	
Frais administratifs	19'558.95	
Service de comptabilité	5'107.55	
Perte		144'739.35
	219'313.00	219'313.00

Bilan 2002

Spécification	Actifs CHF	Passifs CHF
Fonds de roulement	24'989.60	
Titres	765'846.05	
Régularisations passives		6'668.00
Réserves		173'776.65
Capital de la Fondation		610'391.00
	790'835.65	790'835.65

Annexe N° 1 :**Expo.02 - Week-end des Yéniches, des Sinti et des Roma**

Lukas Vogel, Responsable culturel du Canton de Nidwald, Stans

On les appelait "Tsiganes" ou "Fekker"(ancienne dénomination des Tsiganes en Suisse centrale, équivalant approximativement à celle de "Bohémiens") , eux, les gens du voyage, les Yéniches, les Sinti, les Roma et les autres. Longtemps, on n'a vu presque'exclusivement en eux qu'une catégorie de race, de criminalité politique, et, en conséquence, on les a tenus à l'écart. Nous, les sédentaires, les non-Yéniches, nous voulions imposer notre mode de vie aux "Enfants de la grand-route" – avec les conséquences que l'on a peu à peu connues au cours des dernières années.

Bien entendu, les instances officielles ont aujourd'hui également mauvaise conscience. Bien entendu, il s'agit aussi pour nous de réparer, ici et aujourd'hui. Mais il y a encore autre chose en ce qui nous concerne. Il s'agit de reconnaître une partie indépendante de la culture suisse. La culture des Yéniches, celle des Roma. n'a guère été appréciée et reconnue jusqu'ici comme faisant part de la culture suisse. Dans le pire des cas, elle a été condamnée en bloc et, dans le meilleur on en a pris connaissance en lui reconnaissant le bonus de l'exotisme. Il s'agit pour nous d'accepter enfin la culture des Yéniches, des Sinti et des Roma comme partie autonome de la culture suisse, si diverse et si bariolée. Ce sont là, résumés brièvement, les motifs qui nous ont poussés à rendre possible la réalisation du "Week-end des Yéniches, des Sinti et des Roma" à l' Expo.02.

Financièrement parlant, trois institutions ont permis de mettre cette manifestation sur pied :

- la Conférence des responsables cantonaux de la culture,
- la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses",
- la "Fondation de l'Exposition nationale 1939"

La **Conférence des responsables cantonaux de la culture** est un organe spécialisé de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP). Elle ne dispose personnellement que de moyens extrêmement limités de cofinancer directement des projets culturels. C'est pourquoi elle n'a pas versé elle-même de contribution financière au "Week-end des Yéniches, des Sinti et des Roma". Mais elle a rédigé une recommandation, qu'elle a fait parvenir aux cantons, respectivement aux institutions cantonales chargées de la promotion de la culture. Le financement de la manifestation qui nous réunit aujourd'hui a donc été recommandé par la Conférence et il a fait l'objet d'une décision ayant force de loi de la part des divers cantons, conformément à leurs structures respectives de promotion de la culture.

Au sein de la Conférence des responsables cantonaux de la culture, ce projet a bénéficié d'une large approbation, car il répond particulièrement bien aux critères fixés par la Conférence.

- Il va au-delà des frontières linguistiques et nationales ; il est, dans le meilleur sens du terme, à la fois multiculturel et suisse.
- Son rayonnement dépasse la manifestation proprement dite
- Si l'on considère son volume et sa dimension, il est raisonnable et réalisable.

La **Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses"** a été créée il y a cinq ans par la Confédération. Elle est présidée par M. Werner Niederer, Conseiller d'Etat du Canton d'Appenzell Rhodes extérieures. Elle a notamment pour mission de contribuer à sauvegarder la prise de conscience culturelle de cette minorité. Des représentants de divers niveaux étatiques (Confédération, cantons, communes) collaboreront en son sein avec ceux des gens du voyage. La Fondation s'est occupée très activement ces dernières années d'un sujet important et qui suscite de nombreuses discussions : le problème des emplacements permanents et de transit destinés aux gens du voyage. Il s'agit donc d'un thème qui revêt une importance primordiale sur le plan culturel pour les nomades.

La „**Fondation de l'Exposition nationale de 1939**” a été créée en 1940 grâce à l'excédent des comptes de la Landi de 1939. Le Conseiller d'Etat zurichois Markus Natter en assume la présidence. Pour la Fondation, il allait de soi de soutenir des projets

afférents à l'Expo 02. La Fondation Landi voit dans sa contribution au "Week-end des Yéniches, des Sinti et des Roma" un signal de politique culturelle et sociale. Elle voudrait ainsi contribuer à la poursuite du développement d'une société ouverte, tolérante et qui a pris conscience de son histoire.

Enfin, le week-end des Yéniches, des Sinti et des Roma n'a pu voir le jour que parce que tous les participants ont travaillé la main dans la main. Cela vaut pour l'Expo 02 en tant qu'organisatrice, cela vaut pour les Yéniches, les Sinti et les Roma comme exécutants et cela vaut aussi pour les trois partenaires financiers. Nous espérons que la manifestation continuera à déployer ses effets au-delà de la date où elle s'est déroulée et qu'elle éveillera et approfondira la compréhension pour cette partie de la culture suisse, tenue jusqu'ici à l'écart.

Annexe N° 2 :**Thèses de la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" concernant les besoins des nomades étrangers****Thèse N° 1**

Tout le monde reconnaît aujourd'hui que les gens du voyage suisses n'ont pas assez d'emplacements permanents, ni d'aires de transit, à leur disposition. On sait par ailleurs qu'il n'y a pas assez d'aires de transit pour les nomades étrangers. Pour justifier le rejet de projets adéquats d'aménagement du territoire et de construction, on invoque souvent le mauvais comportement de certains groupes de nomades étrangers.

Demandes de la Fondation

- La planification et l'aménagement d'emplacements permanents et d'aires de transit destinés à des gens du voyage suisses conserve un caractère d'urgence. En outre, des aires de transit supplémentaires doivent être réalisées à l'intention des nomades étrangers. Cette tâche ne peut être uniquement le fait des communes. Il appartient à la Confédération et aux cantons d'appuyer les efforts des communes en vue de créer des emplacements pour les nomades.
- On ne saurait se fonder sur le mauvais comportement de certains groupes de nomades étrangers pour s'opposer aux efforts tendant à faire droit aux revendications justifiées et admises des gens du voyage suisses de mettre à leur disposition un nombre suffisant d'emplacements permanents et d'aires de transit.

Thèse N° 2

Les communes jouent un rôle important dans l'aménagement du territoire. C'est à elles qu'il appartient de fixer l'ordre d'affectation du sol dans les plans des zones d'affectation. Toutefois, pour des raisons très diverses, au niveau communal, la volonté politique de créer et d'aménager des places de stationnement et des aires de transit à l'intention des nomades fait souvent défaut. Pour sa part, la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" ne dispose d'aucun moyen juridique de contraindre les communes de mettre à disposition des terrains en vue d'y aménager des emplacements permanents et des aires de transit. Elle doit se contenter d'émettre des recommandations et de servir d'intermédiaire entre les parties en cause.

Demandes de la Fondation

- Etant donné que la création d'aires de transit – tant à l'intention des gens du voyage étrangers que suisses – se heurte souvent à des résistances dans certaines communes, il convient de rechercher des solutions sur le plan régional ou inter-communal.
- Au besoin, la Confédération et les cantons devraient inciter financièrement les communes et les villes à aménager des aires de transit pour les nomades étrangers. De même, il faudrait veiller à ce que les frais d'exploitation et les dépenses encourues par les communes pour ces terrains soient couverts.

Thèse N° 3

Chaque année, des nomades étrangers visitent la Suisse en s'arrêtant quelques jours sur les terrains prévus à cet effet. La majorité d'entre eux respectent l'ordre juridique, paient pour l'utilisation des emplacements et les laissent comme convenu dans les arrangements conclus. Par contre, quelques groupes se font remarquer en pratiquant un camping sauvage et en laissant les terrains dans un grand désordre. On ne peut empêcher les nomades étrangers de s'arrêter et il ne saurait d'ailleurs pas en être question. En revanche, tout doit être mis en œuvre pour qu'ils respectent l'ordre juridique existant.

La solution des problèmes rencontrés avec les nomades étrangers est une tâche qui incombe en premier lieu à la Confédération, aux cantons et aux communes. Ils sont seuls en mesure d'assurer l'application de l'ordre juridique existant. Pour sa part, la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" peut offrir un forum de discussion et suggérer des esquisses de solutions.

Demands de la Fondation

- Les organes cantonaux de police doivent veiller à ce que les terrains prévus à l'intention des nomades étrangers soient utilisés par ces derniers et maintenus en ordre. Il convient de s'opposer fermement à tout camping sauvage, ainsi qu'à tout comportement illicite.
- Les interventions policières nécessaires doivent être organisées et coordonnées entre les cantons.

Annexe N° 3 :**Les gens du voyage dans le Canton de St-Gall**

Willi Haag, Chef du Département des travaux publics du Canton de St Gall

1. Introduction

Dans le Canton de St Gall, le problème des gens du voyage a été traité de manière analogue aux autres cantons : chaque département a transmis le problème à un autre département, aucun ne voulant s'en occuper. Le canton mettait les communes en demeure d'agir, mais ces dernières répondaient systématiquement qu'il s'agissait d'une question relevant de la compétence du canton.

Si l'on considère cet arrière-plan, on peut se demander pourquoi le Département des travaux publics s'occupe des gens du voyage sur le territoire cantonal. Il a dû s'en charger parce que ces derniers stationnaient sur des terrains appartenant au canton. Il importe toutefois de relever que tous les niveaux de l'Etat sont en cause. La Confédération et les cantons, mais aussi les communes, sont compétents, étant donné que les emplacements sont toujours soumis à leur souveraineté et que cela continue à concerner tous les échelons de l'Etat.

2. Situation initiale

Dans le cadre de mon activité comme Président de commune, j'ai été appelé à connaître, vers 1998, de nomades venus d'Alsace qui, sans avertissement préalable, avaient occupé un terrain dans la commune. Les problèmes qui s'en étaient suivis furent discutés avec les gens du voyage et une solution – acceptable pour les deux

parties – fut trouvée : à savoir le paiement d'une location journalière par caravane et le versement d'une caution, remboursée si l'emplacement était laissé propre.

Depuis juillet 2000, j'assume les fonctions de Chef des travaux publics dans le Canton de St Gall et je connais les problèmes occasionnés par les nomades du point de vue du canton. D'une part, il existe une certaine irritation en ce qui concerne les aires de transit et, de l'autre, il y a des problèmes avec les nomades qui occupent chez nous un emplacement permanent. Ces problèmes doivent être abordés à deux niveaux : premièrement, il faut trouver des emplacements permanents définitifs pour les trois clans en cause et, secondement, il s'agit de régler la question des aires de transit.

3. Emplacements permanents

Dans le Canton de St Gall, trois clans (il s'agit de familles suisses) disposent d'un emplacement permanent. Au cours du temps, on a constaté que ces clans se sont établis sur des terrains appartenant au canton, ceci sans autorisation, ni contrat de bail. Néanmoins, les gens du voyage n'ont jamais cherché à remédier eux-mêmes à cette situation. De toutes manières, l'expérience ultérieure a montré qu'ils ne sont absolument pas en mesure d'aménager eux-mêmes un emplacement permanent. De leur côté, le canton et les communes concernées n'ont pas non plus cherché à améliorer la situation. Manifestement, on a vécu selon le principe "Vivre et laisser vivre" et les emplacements permanents n'ont soulevé aucun problème.

Peu après que j'aie pris mes fonctions, j'ai dû constater qu'il y avait un important problème de temps à propos de deux emplacements permanents : sur l'un d'entre eux, il fallait construire dès septembre 2001 le nouveau bâtiment destiné à la Mittelschule de Wil et, sur l'autre, on devait donner le premier coup de pioche pour la base de la Police et l'Atelier de Schmerikon, afin de pouvoir ouvrir la H8 en automne 2003.

Au début, la recherche de terrains de remplacement s'avéra vaine. Il convient de relever toute la fantaisie dont les communes firent preuve pour ne pas être obligées de

mettre un terrain de remplacement à disposition. En principe, personne n'était opposé à un emplacement permanent. Mais, concrètement, les terrains proposés ne pouvaient jamais entrer en ligne de compte.

Cela étant, il fallut que le Département des travaux publics mette lui-même la main à la pâte. Trois collaborateurs en furent chargés : l'un de la Division juridique, le second de l'Office des constructions et le troisième du Bureau d'acquisition des terrains. Leur mission consistait à créer les conditions nécessaires pour aménager les terrains de remplacement nécessaires.

Le projet fut abordé à trois niveaux :

1. Pour décharger les communes et leur enlever la crainte d'avoir à assumer des frais d'assistance supplémentaires, une convention-type fut élaborée par un groupe de travail comprenant des représentants de plusieurs départements. Cette convention, qui doit être conclue avec toutes les communes abritant des emplacements permanents, stipule que tous les frais non-couverts dans les domaines de l'école, de l'aide sociale, de la santé, ainsi que des baux à ferme et à loyer, y compris les frais accessoires, seraient pris en charge par le canton.
2. Pour couper l'herbe sous les pieds à une opposition éventuelle dans les communes et contrer des reproches visant une erreur de zonage et un mépris du mode d'implantation régulier des bâtiments, le canton se déclara d'accord d'édicter, en collaboration avec les Autorités locales, des bases juridiques irrécusables et à acquérir les terrains nécessaires aux emplacements permanents, à en aménager l'infrastructure et à en assumer l'exploitation.

En outre, le Département travailla en étroite collaboration avec les communes concernées et avoisinantes, de façon à réaliser un développement des emplacements permanents aussi favorable que possible à l'environnement. C'est

seulement au prix de multiples concessions qu'il fut possible de réaliser un emplacement permanent dans les temps.

Il va de soi qu'outre des plans détaillés d'affectation, il fallait encore un permis de construire. Cette procédure impliqua encore de nouvelles concessions.

3. Parallèlement au niveau de droit public, il fallut encore négocier avec les nomades au sujet de la conclusion d'un contrat de bail. En l'espèce, il fallut tenir compte aussi bien des besoins que des possibilités financières des gens du voyage.

On ne saurait passer sous silence le fait que les efforts intensifs du Département des travaux publics n'ont abouti que dans un seul cas à une solution définitive. Dans un autre cas, on ne put aboutir qu'à un accord provisoire, limité à cinq ans. Les deux cas ont ceci de commun qu'outre les emplacements permanents réalisés finalement, de multiples alternatives avaient été envisagées. Bien qu'elles aient également pu entrer en ligne de compte, il fallut y renoncer faute de temps et en raison de l'opposition qui se manifestait sur place.

Au sein de l'administration, les travaux en vue de régler définitivement le second emplacement permanent furent entrepris il y a déjà quelque temps. Toutefois, le projet soulèvera encore pas mal de problèmes.

4. Aires de transit

Le plan directeur 01 du Canton de St Gall prévoit la création d'aires de transit pour nomades comme étant d'intérêt cantonal. Ce point n'a pas soulevé d'opposition, car aucun emplacement concret n'y figurait.

L'Office de planification (aujourd'hui : Office de développement du territoire) a été chargé d'élaborer un concept d'aménagement d'aires de transit. Les travaux se poursuivent jusqu'à ce jour.

Il est prévu de présenter cette étude par régions aux Présidents de communes. Comme pour d'autres tâches, ces derniers doivent tomber d'accord dans une région pour désigner la commune où les aires de transit devraient être aménagées. En contrepartie, le canton prêtera son soutien aux travaux et contribuera à leur réalisation.

Une fois les lieux d'implantation déterminés, la réalisation s'effectuera de la même manière que pour les emplacements permanents.

- Le canton acquiert les emplacements nécessaires.
- Les communes s'occupent - avec l'assistance du canton – des bases juridiques nécessaires (plans d'affectation et règlements).
- Le canton érige à ses frais l'infrastructure nécessaire.
- Le canton exploite les aires de transit selon des règles claires.

A propos des aires de transit, il convient de relever encore un point : en ce qui concerne leur utilisation, on n'établit aucune distinction entre gens du voyage suisses et étrangers. Toute autre orientation serait discriminatoire et dès lors inadmissible.

5. Perspectives

Comme vous le voyez, le Canton de St Gall travaille avec beaucoup d'engagement à résoudre les problèmes avec les gens du voyage. Mais cela implique que les autres cantons créent également des terrains adéquats. A cet effet, la compétence incombe à mon avis en premier lieu aux Directeurs des travaux publics, car il s'agit essentiellement de tâches concernant le développement du territoire.

Rapporto di gestione 2002

ORGANI DELLA FONDAZIONE

Consiglio di Fondazione:

Presidente:

Werner Niederer*	<i>Consiglio di Stato del Cantone Appenzello Esterno</i>	Herisau
------------------	--	---------

Membri del Consiglio di Fondazione:

May Bittel*	<i>Missione dei nomadi</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Dipartimento di giustizia, polizia e sanità del Cantone Grigioni</i>	Coira
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Ufficio federale della cultura</i>	Berna
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurigo
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Berna
Dr. iur. Markus Metz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Binningen
Johann Moser-Graf	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Dr. iur. Guido Sutter	<i>Segretariato di Stato dell'economia</i>	Berna
Walter Waser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurigo

*) Membri del Comitato

Ufficio di revisione:

Controllo federale delle finanze, Berna

Segreteria:

Dr. iur. Urs Glaus, avvocato, Unterstrasse 15, casella postale, 9001 San Gallo

Tel. 071/222 10 20

Fax 071/222 10 55

E-mail info@gj-anwaelte.ch

1. Attività

1.1. Quadro generale

I nomadi hanno bisogno di un numero sufficiente di aree di sosta fisse o temporanee, distribuite nell'intera Svizzera. Attualmente esistono 11 aree di sosta fisse e 48 aree di sosta temporanee ufficiali. La Fondazione ha commissionato la perizia «Nomadi e pianificazione del territorio», pubblicata nell'anno 2001, che si basa su un inventario della situazione di fatto e su un'analisi dei bisogni. Tale perizia è giunta alla conclusione che dovrebbero essere create altre 30 aree di sosta fisse e 30 aree di sosta temporanee; inoltre la maggior parte delle aree esistenti dovrebbe essere risanata. I costi per realizzare tutto ciò ammonterebbero a 34 milioni di franchi, da investire nel corso di circa dieci anni.

Nell'anno 2002 si è fatto di più che negli anni scorsi per la creazione di nuove aree. Per esempio nel Cantone Basilea Campagna c'è speranza che vengano progettate quattro nuove aree per circa 10 roulotte ciascuna. Nel Cantone Argovia è in progetto un'area di sosta temporanea per circa 40 roulotte. Anche nei Cantoni Vallese e Giura esistono piani concreti per la creazione di aree di sosta temporanee. Nel Canton San Gallo è stata attrezzata un'area di sosta fissa per nomadi a Uznach e il Dipartimento delle costruzioni sta elaborando un concetto, alla base del quale sta la perizia della Fondazione, che mira alla creazione di parecchie aree di sosta temporanee.

L'anno 2002 è anche stato l'anno dell'Expo. I nomadi hanno sfruttato l'Expo.02 per presentare al grande pubblico sé stessi e il proprio sentimento d'appartenenza culturale, organizzando nel fine settimana dal 6 all'8 settembre 2002 il cosiddetto «evento» degli Jenisch, dei Sinti e dei Rom sull'Arteplage di Murten. Le quattro organizzazioni dei nomadi svizzeri hanno lavorato insieme e hanno presentato tutta la varietà della vita, dell'arte e della cultura di questi gruppi

etnici con l'intervento di più di 80 artisti ed espositori. La Fondazione ha partecipato con una somma considerevole al finanziamento della manifestazione, che ha trovato una grande risonanza di pubblico. Nell'appendice 1 troverete il discorso tenuto in occasione dell'apertura della manifestazione da Lukas Vogel, delegato culturale dei Cantoni all'Expo, nel quale egli valorizza il contributo dei nomadi alla varietà culturale della Svizzera.

Nel corso dell'anno passato la *Radgenossenschaft der Landstrasse* ha lavorato intensamente al progetto per la realizzazione di un centro di documentazione e per la creazione di una mostra sulla storia e sulla cultura dei nomadi. La Fondazione ha finanziato un concetto, al quale hanno lavorato il professor Roger Sablonier e il dr. Thomas Meier della *Beratungsstelle für Landesgeschichte AG*. Già nell'anno 2002 si è cominciato a realizzare la mostra, nel preparare la quale i nomadi sono consigliati e assistiti da storici ed esperti nel settore mostre. La mostra si trova presso la sede della *Radgenossenschaft*, nella Hermetschloostrasse 73 a Zurigo. La Fondazione ha contribuito con una somma considerevole alle spese d'investimento, ma la creazione della mostra non sarebbe stata possibile senza il generoso sostegno finanziario di quasi tutti i cantoni. La Fondazione coglie l'occasione per ringraziare ancora una volta i Cantoni per il loro sostegno morale e materiale per questo importante progetto.

Un ulteriore importante evento è stato il convegno dell'8 novembre 2002 a Berna sul tema «Soggiorno dei nomadi stranieri in Svizzera». Con esso la Fondazione ha affrontato un tema che tocca la sensibilità dei nomadi e della popolazione sedentaria su diversi livelli. La Fondazione aveva elaborato tre tesi su questo tema e le ha presentate al convegno; esse sono pubblicate all'appendice 2 del presente rapporto annuale. I nomadi stranieri non devono essere emarginati. In effetti ogni anno molti gruppi di nomadi stranieri soggiornano in Svizzera senza problemi. È però anche vero che sorgono conflitti, in particolare per la scarsità di aree di sosta transitorie e per il rifiuto

con cui si scontrano i nomadi. La Fondazione è tuttavia riuscita in occasione del convegno dell'8 novembre 2002 a illustrare l'attuale situazione in modo oggettivo, nel dialogo tra nomadi e popolazione sedentaria, e a suggerire soluzioni. Riportare il dibattito ai fatti oggettivi ha costituito uno dei risultati più importanti di questo convegno. Solo su questa base si possono veramente tradurre in pratica le soluzioni e creare aree di sosta. I rappresentanti della Confederazione, dei Cantoni - tra i quali molti Consiglieri di stato - e dei Comuni sono stati unanimi nel constatare che si devono creare aree di sosta anche per nomadi stranieri e che di tale compito dovrebbero continuare a essere responsabili Cantoni e Comuni. Al convegno il Consigliere di Stato W. Haag, di San Gallo, ha presentato la situazione politica di partenza e ha indicato una possibile soluzione; la sua relazione è stampata nell'appendice 3.

1.2. Consiglio di Fondazione

Nell'anno 2002 il Consiglio di Fondazione si è incontrato per 5 riunioni. Parecchi gruppi di lavoro si sono occupati inoltre di singoli progetti.

1.3. Attività politica

In base all'atto costitutivo del 1° maggio 1997 il compito principale della Fondazione consiste nella coordinazione degli sforzi di Confederazione, Cantoni e Comuni in favore dei nomadi. La Fondazione non ha il compito di fornire sostegno finanziario in singoli casi, né di creare essa stessa aree di sosta, come a volte ci si aspetta.

La creazione di aree di sosta fisse e temporanee nei Cantoni e nei Comuni è una richiesta centrale per i nomadi e per la Fondazione. Per raggiungere tale obiettivo si devono innanzitutto creare volontà politica e disponibilità da parte delle autorità. La realizzazione della volontà politica nella pianificazione del

territorio trova una prima ripercussione nei piani direttori cantonali. La Fondazione mira a ottenere che la creazione di aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi sia prevista in tali piani e che le aree esistenti siano garantite dal punto di vista legale. Parecchi cantoni hanno inserito dichiarazioni d'intenti in tal senso nella revisione dei loro piani direttori cantonali e li hanno completati.

1.4 Convenzioni internazionali per la protezione delle minoranze

Nell'agosto 2002 la Confederazione ha fornito alla Commissione consultiva del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali, su richiesta della stessa, ulteriori informazioni per completare il primo rapporto della Svizzera dell'aprile 2001 sull'applicazione della **Convenzione-quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali**. Nel rapporto dell'aprile 2001 la Confederazione aveva esplicitamente riconosciuto che anche i nomadi costituiscono una minoranza nazionale ai sensi della Convenzione-quadro e quindi possono invocare la protezione di quest'ultima. Per quanto riguarda i nomadi il rapporto aggiuntivo contiene in particolare informazioni dettagliate sulle circostanze storiche del loro arrivo in Svizzera, sulla storia e sulla cultura dei nomadi in Svizzera nonché sulla situazione di aree di sosta fisse e temporanee. Per la Fondazione è importante constatare che anche da parte della Confederazione si riconosce che l'attuale rete di aree di sosta fisse e temporanee non è sufficiente ai bisogni.

L'11 novembre 2002 una delegazione della Fondazione ha avuto occasione di discutere personalmente i problemi dei nomadi con il Comitato consultivo del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali, in visita in Svizzera. Il 12 novembre 2002, su iniziativa della delegazione della Fondazione, il Comitato consultivo del Consiglio d'Europa ha visitato diverse aree di sosta fisse e temporanee nel Canton Grigioni.

Il secondo rapporto della Svizzera per l'applicazione della **Carta delle lingue regionali o minoritarie** è stato pubblicato nel dicembre 2002 e contiene le seguenti dichiarazioni di interesse generale concernenti le misure adottate per gli Jenisch e per la promozione della loro lingua:

La Confederazione riconosce e promuove il patrimonio culturale dei nomadi in Svizzera. Per dar seguito al Rapporto della Commissione d'esperti del Consiglio d'Europa del 23 novembre 2001 (§ 20 e § 53), la Confederazione ha invitato la Radgenossenschaft der Landstrasse a un colloquio per individuare i provvedimenti adeguati a mantenere e promuovere lo jenisch in Svizzera.

Durante il colloquio tenutosi il 21 giugno 2002 sono state dibattute numerose possibilità di promozione dello jenisch in un'ottica di politica linguistica e della comprensione:

- *I nomadi hanno palesato la necessità di fare di più, a titolo generale, per il riconoscimento dei nomadi nella società, in particolare attraverso la ricerca storiografica e la documentazione del loro passato, attraverso una miglior divulgazione della cultura jenisch presso la popolazione sedentaria, specie nelle scuole, e mediante provvedimenti concreti di promozione linguistica.*
- *La ricerca storiografica, ovvero un processo di elaborazione critica del passato, può contribuire sia a consolidare il sentimento d'appartenenza degli Jenisch sia al loro riconoscimento nella società tutta. Le questioni inesplorate sono parecchie, mentre altre sono state studiate solo in parte, si pensi ad es. alla vicenda «Bambini della strada». È importante, inoltre, che la ricerca storica evidenzi la peculiarità e l'unicità degli Jenisch, senza cioè considerarli come una semplice parte di un universo statistico o alla stregua di un gruppo sociale tra gli altri (si rammenta, ad esempio, che gli Jenisch sono stati vittime di sequestri di bambini).*
- *La cultura degli Jenisch, inoltre, non va considerata «soltanto» in un contesto elvetico. Per origine, mobilità e lingua, gli Jenisch sono culturalmente legati ad altre comunità nomadi, al di là cioè delle frontiere nazionali.*

- *Le giovani generazioni di nomadi dimostrano una maggior sensibilità per la lingua jenisch. La Confederazione, attraverso un sostegno finanziario, potrebbe contribuire in maniera sostanziale al mantenimento e alla promozione di questa lingua. È vero che lo scorso anno è uscito un importante lavoro di ricerca sullo jenisch in Svizzera (Roth Hansjürg: *Jenisches Wörterbuch. Zur Sprache der Jenischen in der Schweiz. Frauenfeld 2001*), ma non esistono ancora strumenti didattici.*
- *Dal profilo culturale, il patrimonio canoro e musicale degli Jenisch ha un'importanza essenziale per i nomadi. Per gli Jenisch sarebbe auspicabile documentarlo e divulgarlo su supporti audio, anche in un'ottica di promozione linguistica.*
- *Per qualsiasi provvedimento mirato a incentivare lo jenisch si raccomanda di curare in particolare il target delle ragazze / donne, che contribuiscono in maniera determinante a coltivare e tramandare lo jenisch in famiglia.*

Provvedimenti concreti

A breve termine:

- *L'Ufficio federale della cultura (UFC) può, a titolo di «attività giovanili extrascolastiche», cofinanziare progetti culturali rivolti ai giovani jenisch e organizzati da giovani. Requisito: l'inoltro di un progetto.*
- *L'UFC può anche cofinanziare, a titolo di «comunità linguistiche e comprensione», attività di scambio transfrontaliere a sfondo linguistico-culturale. Requisito: l'inoltro di un progetto.*

A medio termine:

- *L'UFC valuta la possibilità, nell'ambito dei preparativi di legge sulle lingue, di creare i presupposti necessari per promuovere la lingua jenisch (promozione della comprensione e dello scambio).*
- *L'UFC valuta la possibilità, nello sviluppo di progetti scientifici, di tenere in debita considerazione le richieste di politica linguistica palesate dagli Jenisch.*

La Fondazione dà il suo appoggio alla *Radgenossenschaft der Landstrasse* nei suoi sforzi per realizzare le richieste linguistiche dei nomadi dal punto di vista morale, con consigli e, secondo le possibilità, anche finanziariamente. Nel fare ciò parte dal presupposto che la promozione della lingua dei nomadi, e quindi della loro ricchezza culturale, contribuisca a migliorare la comprensione per il loro modo di vita.

2. Autorità di vigilanza sulle fondazioni e Controllo federale delle finanze

L'attività finanziaria della Fondazione è stata sottoposta a verifica dal Controllo federale delle finanze. Il 15 luglio 2003 tale organo ha comunicato al Consiglio di Fondazione che il bilancio e la contabilità sono a norma di legge e che richiederà l'approvazione del conto economico 2002 da parte del Dipartimento federale dell'interno, al quale compete la vigilanza sulle fondazioni.

L'autorità federale di vigilanza sulle fondazioni ha confermato il 31 luglio 2002 di non avere osservazioni sulla gestione finanziaria della Fondazione. Per il resto si è preso atto del rapporto e dei suggerimenti del Controllo federale delle finanze.

Conto economico e bilancio 2002**Conto economico 2002**

Denominazione	Costi CHF	Ricavi CHF
Contributi della Confederazione		145'500.00
Interessi e utili di cambio realizzati		27'772.15
Risultato neutro		- 98'699.50
Progetto «Pianificazione del territorio»	530.00	
Centro di documentazione Radgenossenschaft	70'000.00	
Expo.02	40'465.95	
Onorari	56'431.05	
Gettoni di presenza e spese	24'987.60	
AVS	1'723.60	
Courtage/tassa sugli scambi ecc.	508.30	
Spese amministrative	19'558.95	
Ufficio contabile	5'107.55	
Perdita		144'740.35
	219'313.00	219'313.00

Bilancio 2002

Denominazione	Attivi CHF	Passivi CHF
Attivo circolante	24'989.60	
Titoli	765'846.05	
Delimitazioni passive		6'668.00
Accantonamenti		173'776.65
Capitale della Fondazione		610'391.00
	790'835.65	790'835.65

Appendice 1:

Expo.02 - Giornate degli Jenisch, dei Sinti e dei Rom

Lukas Vogel, delegato culturale del Cantone Nidvaldo, Stans

Venivano chiamati «zigani» o «fekker» [N.d.T.: antica denominazione dei nomadi in Svizzera], loro, i nomadi, gli Jenisch, i Sinti, i Rom e gli altri. Sono stati per lungo tempo e quasi esclusivamente percepiti come categoria razziale o di politica giudiziaria, ed emarginati di conseguenza. Noi sedentari, noi non-Jenisch volevamo imporre ai *Kinder der Landstrasse* [Bambini della strada] il nostro modo di vivere - con la conseguenze che a poco a poco negli scorsi anni sono divenute note.

Naturalmente oggi anche le istituzioni ufficiali hanno la coscienza sporca. Naturalmente qui e oggi avviene anche una riconciliazione. Ma per noi si tratta di più, si tratta del riconoscimento di una parte autonoma della cultura svizzera. La cultura degli Jenisch, dei Rom non è stata finora quasi per nulla apprezzata e riconosciuta come parte della cultura svizzera: nel caso migliore si è preso nota della sua esistenza a causa del fascino dell'esotico, nel caso peggiore è stata condannata in blocco. Per noi si tratta di accettare finalmente la cultura degli Jenisch, dei Sinti e dei Rom come parte integrante nell'orizzonte della molteplice e variegata cultura svizzera. Questi, esposti in breve, sono i motivi che ci hanno spinti a rendere possibile le giornate degli Jenisch, dei Sinti e dei Rom all'Expo.02.

Sono tre le istituzioni che hanno reso possibile tale manifestazione con i loro finanziamenti:

- la Conferenza dei delegati alla cultura cantonali,
- la Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri»,
- la «Fondazione dell'Esposizione nazionale svizzera del 1939».

La **Conferenza dei delegati cantonali alla cultura** è un organo interno della Conferenza dei direttori cantonali della pubblica istruzione EDK. Essa stessa ha solo limitatissime possibilità di cofinanziare direttamente progetti culturali. Per questo motivo non ha fornito un proprio contributo finanziario all'evento degli Jenisch, dei

Sinti e dei Rom, bensì ha elaborato e approvato una raccomandazione indirizzata ai Cantoni e delle istituzioni cantonali di promozione alla cultura. Quindi il finanziamento dell'odierna manifestazione è stato raccomandato dalla Conferenza e approvato legalmente dai singoli cantoni conformemente alle loro rispettive istituzioni di promozione alla cultura.

All'interno della Conferenza dei delegati cantonali alla cultura questo progetto ha incontrato un grande favore poiché soddisfa in misura notevole i criteri fissati dalla Conferenza.

- Oltrepassa le barriere linguistiche e i confini nazionali; è svizzero e, al contempo, multiculturale, nel migliore dei sensi.
- Il suo influsso va al di là della manifestazione propriamente detta.
- Dal punto di vista delle dimensioni è ragionevole e realizzabile.

La **Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri»** è stata creata cinque anni fa dalla Confederazione ed è presieduta dal Consigliere di Stato Werner Niederer, Cantone Appenzello Esterno. Essa ha tra l'altro il compito di fornire un contributo alla difesa del senso di appartenenza culturale di questa minoranza. Nella Fondazione collaborano rappresentanti di diversi livelli statali (Confederazione, Cantoni, Comuni) e delegati dei nomadi. La Fondazione si è intensamente occupata negli scorsi anni di una questione importante e molto discussa: il problema delle aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi. Si tratta di un tema che riveste un significato centrale per la cultura dei nomadi.

La **«Fondazione dell'Esposizione nazionale svizzera del 1939»** è stata creata nel 1940 con i fondi avanzati dalla cosiddetta «Landi», l'Esposizione nazionale del 1939 a Zurigo, ed è presieduta dal Consigliere di Stato zurighese Markus Notter. Per la Fondazione era ovvio sostenere progetti collegati all' Expo.02, in particolare essa considera il proprio contributo alle «Giornate degli Jenisch, dei Sinti e dei Rom» come un segnale di politica culturale e sociale. La Fondazione vorrebbe in tal modo contribuire all'ulteriore sviluppo di una società aperta, tollerante e che ha preso coscienza della propria storia.

Infine la manifestazione degli Jenisch, dei Sinti e dei Rom ha potuto essere realizzata solo perché tutti i partecipanti hanno lavorato insieme. Ciò vale per Expo.02 come organizzatrice dell'evento, come pure per Jenisch, Sinti e Rom come realizzatori, e vale anche per i tre partner finanziari. Speriamo che l'influsso di questa manifestazione vada al di là di queste giornate e contribuisca a far risvegliare e approfondire la comprensione per questa parte, sinora trascurata, della cultura svizzera.

Appendice 2:**Tesi della Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri»
sui bisogni dei nomadi stranieri****Tesi n° 1**

Il fatto che i nomadi svizzeri non abbiano a disposizione aree di sosta fisse e temporanee in numero sufficiente è oggi generalmente riconosciuto. Altrettanto noto è il fatto che mancano aree temporanee per i nomadi stranieri. Spesso la progettazione o la realizzazione di tali aree viene rifiutata nei Comuni portando a motivo il comportamento scorretto di singoli gruppi di nomadi stranieri.

Richieste della Fondazione

- La progettazione e la realizzazione di aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi svizzeri continua a essere una priorità. Ma dovrebbero essere realizzate anche ulteriori aree di sosta temporanee per i nomadi stranieri. Questo compito non deve essere demandato unicamente ai Comuni: Confederazione e Cantoni devono sostenere i Comuni nei loro sforzi per creare aree per i nomadi.
- Non è possibile prendere a motivo il comportamento scorretto di singoli gruppi di nomadi stranieri per opporsi agli sforzi fatti per esaudire le giustificate e riconosciute richieste dei nomadi svizzeri per la realizzazione di un numero sufficiente di aree di sosta fisse e temporanee.

Tesi n° 2

I Comuni hanno un ruolo importante nell'attuare la pianificazione del territorio. Essi stabiliscono il regolamento d'utilizzazione del territorio in piani delimitanti le varie zone d'utilizzazione. A livello comunale manca spesso, per i motivi più disparati, la volontà politica per creare e attrezzare aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi. La Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri» non dispone di mezzi legali per costringere i Comuni a mettere a disposizione terreni per la realizzazione di aree di sosta fisse e temporanee. Essa può soltanto emanare raccomandazioni e mediare tra le parti interessate.

Richieste della Fondazione

- Visto che la realizzazione di aree di sosta temporanee, sia per nomadi svizzeri che stranieri, incontra spesso opposizione in singoli comuni, si deve mirare a soluzioni regionali o intercomunali.
- Se necessario Confederazione e Cantoni devono creare incentivi finanziari, perché comuni e città creino aree di sosta temporanee per nomadi stranieri. Allo stesso modo bisogna provvedere affinché le spese di gestione nonché le spese generali dei Comuni per queste aree siano coperte.

Tesi n° 3

Ogni anno nomadi stranieri visitano la Svizzera e soggiornano di volta in volta alcuni giorni nelle aree previste a tale scopo. La maggior parte di questi nomadi stranieri si attiene ai regolamenti, paga per l'utilizzazione dell'area e la lascia conformemente a quanto previsto negli accordi. Singoli gruppi invece si fanno notare perché sostano dove vogliono e lasciano le aree nel caos. Non è possibile impedire il soggiorno dei nomadi stranieri, né esso dovrebbe essere impedito. Invece si dovrebbe fare tutto il possibile perché essi si attengano ai regolamenti vigenti.

La soluzione dei problemi con i nomadi stranieri è in prima linea compito di Confederazione, Cantoni e Comuni. Essi soli sono in condizione di garantire l'applicazione delle vigenti norme. Per parte sua, la Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri» può offrire un forum di discussione e indicare delle proposte di soluzione.

Richieste della Fondazione

- Gli organi di polizia di Cantoni e Comuni devono far sì che le aree per nomadi stranieri siano da questi ultimi utilizzate e mantenute in ordine. Bisogna intervenire decisamente contro «campeggio selvaggio» e comportamenti illegali.
- Nel caso in cui siano necessarie operazioni di polizia, esse sono da organizzare e coordinare a livello intercantonale.

Appendice 3:

Nomadi nel Canton San Gallo

Willi Haag, Direttore del Dipartimento delle costruzioni del Canton San Gallo

1. Introduzione

Nel Canton San Gallo il problema dei nomadi è stato trattato come negli altri Cantoni: ogni dipartimento passava il problema a un altro, nessuno voleva occuparsene. Lo stesso avveniva nei rapporti tra Cantoni e Comuni: il Cantone sollecitava i Comuni all'azione, ma i Comuni insistevano nel sostenere che si trattava di un problema cantonale.

Su questo sfondo ci si può chiedere perché il Dipartimento delle costruzioni si occupi dei nomadi presenti sull'area del cantone. Tale Dipartimento ha dovuto interessarsene perché essi soggiornavano su terreni di proprietà cantonale. È però importante constatare che tutti i livelli statali sono chiamati in causa. La Confederazione e i Cantoni, ma anche i Comuni sono competenti, perché le aree sono sempre situate nella loro sfera di sovranità e riguardano sempre tutti i livelli statali.

2. Situazione di partenza

Nella mia attività di sindaco ho conosciuto intorno al 1998 nomadi provenienti dall'Alsazia che senza preavviso si erano sistemati su un'area del mio comune. I problemi emergenti furono discussi con i nomadi e sempre con i nomadi fu trovato un accordo, accettabile per entrambe le parti. E cioè furono concordati un affitto giornaliero per ogni roulotte e il versamento di una cauzione, che sarebbe stata restituita se i nomadi avessero lasciato l'area pulita.

Dal luglio 2000 sono capo del Dipartimento delle costruzioni nel Canton San Gallo e conosco i problemi con i nomadi anche dal punto di vista del cantone. Da una parte ci sono contrarietà per quanto riguarda le aree di sosta temporanee e dall'altra parte ci sono problemi con i nomadi che occupano da noi un'area di sosta fissa. Abbiamo dovuto affrontare questi problemi in due fasi: dapprima dobbiamo trovare aree di sosta fisse per i tre clan in questione. In seguito dovrebbe essere regolata la questione delle aree di sosta temporanee.

3. Aree di sosta fisse

Nel Canton San Gallo tre clan di nomadi (si tratta di famiglie svizzere) dispongono di un'area di sosta fissa. Nel corso del tempo è avvenuto che queste famiglie si siano sistemate su terreni cantonali, senza autorizzazione e senza contratto d'affitto. I nomadi non hanno mai cercato di migliorare loro stessi la situazione, e comunque l'esperienza ha in seguito dimostrato che essi non sono assolutamente in grado di realizzare un'area fissa con le proprie forze. Ma anche il Cantone e i Comuni interessati non si sono mai impegnati per porre rimedio alla situazione. Evidentemente si viveva secondo il principio «vivi e lascia vivere» e non si pensava che le aree di sosta fisse costituissero un problema.

Poco dopo la mia entrata in carica dovetti constatare che due di tali aree fisse avrebbero col tempo avuto dei problemi. Su un'area avrebbero dovuto cominciare già dal settembre 2001 i lavori per la costruzione del Liceo cantonale di Wil; sull'altra area fissa era previsto per l'estate 2002 l'inizio dei lavori per il centro di polizia e per il centro di manutenzione di Schmerikon, in modo che nell'autunno 2003 si potesse aprire la strada di circonvallazione H8.

Dapprima la ricerca di aree alternative fu vana. La fantasia dimostrata dai Comuni per evitare di dover mettere a disposizione dei luoghi alternativi fu notevole. In linea di massima nessuno era contro un'area di sosta fissa, ma poi tutte le proposte concrete di località non erano mai realizzabili.

Stando così le cose, il Dipartimento delle costruzioni dovette prender in mano la faccenda esso stesso. Il progetto fu affidato a tre collaboratori: un impiegato dell'Ufficio giuridico, uno dell'Ufficio edile e uno dell'Ufficio delle acquisizioni. Lo scopo era creare per condizioni per la realizzazione delle necessarie aree di sosta fisse alternative.

Il progetto fu affrontato su tre livelli:

1. Per sgravare i Comuni e per eliminare le loro paure concernenti ulteriori spese per l'assistenza sociale un gruppo di lavoro interdipartimentale elaborò un modello di convenzione. Tale convenzione, che dovrebbe essere stipulata con tutti i comuni sede di un'area, prevede che tutti le spese scoperte relative a scuole, assistenza sociale e sanitaria nonché locazione e affitto, incluse spese accessorie, vengano sopportate dal Cantone.
2. Per sgonfiare in partenza un'eventuale opposizione dei Comuni e per affrontare accuse di zonatura sbagliata e di disprezzo della tecnica edilizia regolamentare, il Cantone si è dichiarato disposto a emanare, in collaborazione con le autorità locali, basi legali incontestabili nonché ad acquistare le superficie per le aree di sosta fisse, a dotarle di infrastrutture e a gestirle.

Inoltre il Dipartimento delle costruzioni collaborò strettamente con i Comuni interessati e con i proprietari delle aree confinanti per ottenere che le aree di sosta fossero il più possibile integrate nell'ambiente. Solo con ampie concessioni fu possibile la realizzazione di un'area di sosta fissa entro i termini voluti.

Naturalmente oltre ai dettagliati piani d'utilizzazione era necessaria un'autorizzazione edilizia. Anche in tale procedimento furono necessarie ulteriori concessioni.

3. Parallelamente alla sfera del diritto pubblico si dovettero svolgere trattative con i nomadi per stipulare un contratto d'affitto. In questo ambito si dovette tener conto sia dei bisogni che delle possibilità finanziarie dei nomadi.

Si deve inoltre menzionare il fatto che gli intensi sforzi del Dipartimento delle costruzioni hanno condotto solo in un caso a una soluzione definitiva. Nell'altro caso è stata adottata una soluzione provvisoria, limitata a cinque anni. Entrambi i casi hanno in comune il fatto che, oltre alle aree poi effettivamente realizzate, erano state considerate numerose alternative. Benché tali alternative fossero anch'esse adatte, si dovettero abbandonare per motivi di tempo e per l'emergente opposizione a livello locale.

Nel seno dell'amministrazione il lavoro per una regolamentazione definitiva della seconda area di sosta fissa è stato intrapreso già da qualche tempo. Tuttavia il progetto richiederà ancora un impegno notevole.

4. Aree di sosta temporanee

Nel piano direttore.01 del Canton San Gallo la creazione di aree di sosta temporanee per i nomadi viene elencata tra gli interessi del Cantone. Tale punto ha sollevato alcuna opposizione, poiché in esso non erano elencate località concrete.

L'Ufficio di pianificazione (oggi: Ufficio dello sviluppo territoriale) è stato incaricato di elaborare il concetto per la realizzazione di aree di sosta temporanee. Il suo lavoro è ancora in corso.

Si prevede di presentare tale concetto a tutti i sindaci di una regione. Essi dovranno accordarsi per scegliere i Comuni sul cui territorio realizzare le aree di sosta temporanee, così come si fa anche nel caso di altri compiti. In cambio il Cantone darà il proprio sostegno per i lavori e contribuirà alla realizzazione delle aree.

Dopo che le località sono state determinate, la realizzazione dovrebbe avvenire come nel caso delle aree di sosta fisse:

- il Cantone acquisisce i terreni necessari;
- con il sostegno del cantone, i Comuni si occupano delle necessarie basi legali (piani di utilizzazione e regolamenti);
- il Cantone erige a spese proprie l'infrastruttura necessaria;
- il Cantone gestisce le aree di sosta temporanee in base a chiare regole.

Per quanto riguarda le aree di sosta temporanee c'è da rilevare un'ultimo fatto: nell'utilizzazione delle aree non si farà alcuna distinzione tra nomadi svizzeri e nomadi stranieri. Un altro tipo di orientamento sarebbe discriminante e quindi inammissibile.

5. Prospettive per il futuro

Come vedete, il Canton San Gallo ha lavorato con grosso impegno alla soluzione dei problemi con i nomadi. A questo impegno è però chiaramente collegata l'aspettativa che anche gli altri cantoni creino aree per i nomadi. Responsabili di tale compito sono a mio parere in primo luogo i Direttori dei Dipartimenti delle costruzioni, in quanto si tratta essenzialmente di compiti riguardanti la pianificazione del territorio.